

Samstag, 18. März 2023 [Aus der Region](#)

Rhumspringe wehrt sich gegen Pläne der Denkmalpflege

Protest gegen geplante Eintragung des früheren „Schickert-Werks“ ins Verzeichnis der Kulturdenkmale

Von Britta Eichner-Ramm



Leopoldine Tibus hat kein Verständnis dafür, dass ihr Gelände mit den Hallen und den Resten des früheren Kraftwerks unter Denkmalschutz gestellt werden soll. Foto: Britta Eichner-Ramm

Rhumspringe. Für erhebliche Unruhe und massiven Protest sorgt ein Ansinnen des Landesamts für Denkmalpflege derzeit in Rhumspringe. Die Behörde plant, die frühere Industrieanlage „Schickert-Werk“ als Kul-

turdenkmal auszuweisen.

Dass die einstige Industrieanlage von der Behörde in die Liste der Kulturdenkmale aufgenommen werden soll, kommt weder bei der Eigentümerin des Areals, Leopoldine Tibus und ihrer Familie, noch in der Gemeinde gut an. Die Gemeinderatsmitglieder haben jetzt einen entsprechenden einstimmigen Beschluss gefasst, wonach am Status Quo festgehalten und keine Aufnahme ins Denkmalverzeichnis erfolgen soll. „Vielen Dank für ihre Unterstützung“, freute sich Tibus über das eindeutige Votum.

„Erhebliche Bedeutung“ für Rhumspringe

Unter anderem weist die Gemeinde darauf hin, dass das betroffene Areal eine „erhebliche Bedeutung für eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung im Sinne des Baurechts“ für die Gemeinde habe. Die Grundstücke seien als Gewerbegebiet ausgewiesen. Die Eigentümerin habe Flächen auf ihrem Grundstück an ortsansässige Unternehmen vermietet, und es handele sich um das größte zusammenhängende Gewerbegebiet der Gemeinde Rhumspringe. Die Entwicklung, so formuliert es der Gemeindedirektor in der Stellungnahme, „hat erhebliche fiskalische Auswirkungen für die Gemeinde, ebenso für die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit für die Steigerung ihrer Attraktivität. Einschränkungen, die die Deklaration als Kulturdenkmal mit sich bringen, stehen insofern diametral zur gewerblichen Entwicklung der Gemeinde Rhumspringe.“

Gemeinde zweifelt an Denkmalwürdigkeit

In ihrer Stellungnahme an das Landesdenkmalamt äußert die Gemeinde außerdem Zweifel „im Hinblick auf die Denkmalfähigkeit und Denkmalwürdigkeit der Industrieanlage“. Eine geschichtliche Bedeutung werde dem Objekt nicht zugemessen. „Im Bewusstsein der (älteren) Bevölkerung ist allenfalls ein Bezug auf das ‚PREAG-Gelände‘ oder auf das ‚Kraftwerk‘ als ehemalige Produktionsstätte von Strom und als Beschäftigungsort“ möglich, argumentiert Gemeindedirektor Georg Moneke im Einvernehmen mit dem Rat und der Rhumspringer Bürgermeisterin Barbara Hose (CDU). Hose äußerte sich während der Ratssitzung verwundert über das Ansinnen der Denkmalbehörde, die frühere Industrieanla-

ge in Rhumspringe in die Liste der Kulturdenkmale aufzunehmen, während die „Schickert-Werke“ in Bad Lauterberg – die im Übrigen ja im Gegensatz zum Rhumspringer Werk in Betrieb gewesen waren – „sang- und klanglos abgerissen wurden“.

Im Gemeinderat habe man sich intensiv damit beschäftigt und sei sich einig: „Wir möchten nicht, dass das Ganze einen braunen Anstrich bekommt, denn das gab es dort nicht“, betonte Hose. Die Denkmalbehörde ist da offensichtlich anderer Meinung.

„Zeugnis der Ideologie“

In deren Begründung, warum die Industrieanlage „Schickert-Werk“ in Rhumspringe als Kulturdenkmal aufgenommen werden soll, heißt es unter anderem: „Die Anlage des Schickert-Werks in Rhumspringe ist ein Objekt von vielschichtiger Bedeutung.“ Der zuständige Fachreferent der Behörde spricht in seinen Ausführungen davon, dass „das Schickert-Werk mit seinen Bauten und Anlagen aus der Zeit bis 1945 ein monumentales Zeugnis der nationalsozialistischen Ideologie, Politik und Gewaltherrschaft und damit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert“ sei.

In der neunseitigen Einschätzung des Landesdenkmalamtes wird weiterhin ausgeführt: „Seine unverkennbar vom Nationalsozialismus geprägte Gesamtgestalt wie auch die weitgehend ungestörte bis an anderen Orten dieser Zeit meist verlorene Details gehende Überlieferung großer Teile des Werks macht es zu einem aussagekräftigen Dokument. Die bis heute erkennbare und nie überbaute Fläche des Zwangsarbeiterlagers veranschaulicht“, so der Fachgutachter, „dass der Bau der Fabrik auf dem Leid vieler unschuldiger Menschen beruht“.

Landkreis bescheinigte, dass kein Denkmalschutz besteht

„In den vergangenen Jahren hat sich niemand für die angebliche historische Relevanz des Geländes und der Gebäude interessiert“, wundert sich die Eigentümerin des Geländes, Leopoldine Tibus. Im Gegenteil. 2011 habe der Landkreis Göttingen bescheinigt, dass die Gebäude nicht unter Denkmalschutz stünden. Käme es nun zu einer Aufnahme in die Liste der Kulturdenkmale, brächte das Auflagen mit sich, sorgt sich

die 84-Jährige.

1976 hatten ihr inzwischen gestorbener Mann und sie das Werk „in einem total verwahrlosten Zustand“ erworben und „sehr viel Geld investiert“. Tibus: „Es ist für mich daher undenkbar und nicht akzeptabel“, dass eine staatliche Institution jetzt beabsichtige, „dieses Areal als angebliches Denkmal mit damit verbundenen Auflagen auszuweisen“. Auch macht die 84-Jährige gegenüber der Landesdenkmalbehörde klar: „Wir sind nicht gewillt, uns von staatlicher Seite vorschreiben zu lassen, wie und in welchem Umfang wir Renovierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an unserem eigenen Hab und Gut vornehmen.“

Tibus geht auch auf die Bewertung der baulichen Anlagen durch die Denkmalbehörde ein. Den Ausführungen des Fachgutachters zufolge seien „bis auf ein Werkstattgebäude (...), die Baracken des Arbeitslagers und die Baracken der Angestellten“, die seit „1945 vorhandenen Anlagen und Gebäude des Schickert-Werks weitgehend unverändert erhalten“. Die Grundstückseigentümerin indes hält dagegen: „Das Ganze ist noch nicht einmal 80 Jahre alt und außer den Gebäudemauern ist so gut wie nichts mehr so, wie es einmal war.“

Seit dem Kauf 1976 seien Tibus zufolge „alle Dächer, fast alle Fenster, alle Straßen und Plätze und vieles mehr erneuert“ worden. Außerdem erinnere im ehemaligen Kraftwerk „so gut wie nichts mehr daran, dass es ein Kraftwerk war“. Dieses sei von einer Privatfirma „total ausgeschlachtet“ worden, so Tibus.

Archäologische Befunde am Standort?

Auf dem Gelände der früheren Industrieanlage habe sich, so heißt es seitens der Denkmalbehörde, auch ein Zwangsarbeiterlager mit, „soweit bekannt“, 14 Baracken befunden. „Mindestens 1689 Menschen“ hätten hier Zwangsarbeit geleistet, „wenigstens 23 von ihnen starben“. Da das Areal des früheren Lagers nach Abriss der Baracken nicht wieder genutzt worden sei, „sind umfangreiche archäologische Funde und Befunde zu erwarten“, führt die Denkmalbehörde aus. Überhaupt stelle das „Schickert-Werk“ eine „bedeutende Quelle für weitere Forschungen zum Industriebau dar“.

Schließlich ziele „der Schutz dieses Denkmals und seine Erhaltung darauf, so die Denkmalbehörde weiter, „es zukünftigen Generationen zu ermöglichen, an einem authentischen Ort anhand materieller Zeugnisse die Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Ideologie und seines verbrecherischen Handelns zu erforschen“.

Gutachten bringt Stein ins Rollen

Den Stein ins Rollen gebracht hatte die Grundstückseigentümerin übrigens genaugenommen selbst – nicht ahnend, welche Konsequenzen sich daraus ergeben würden. Denn die 84-Jährige benötigt ein aktualisiertes Wertgutachten für das Areal, um die Nachfolge innerhalb der Familie zu regeln, sagt sie. Als Teil des Gutachtens war auch eine Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalschutz erforderlich – wie schon 2011. Seinerzeit wurde ihr bescheinigt, dass die Gebäude nicht unter Denkmalschutz stehen.

Diesmal rückten die Denkmalschützer an und sahen sich gut vier Stunden lang auf dem Gelände um, erzählt sie. Das Ergebnis sorgt nun für Frust, Ärger und Empörung. Tibus will sich nun vorsorglich juristischen Beistand holen, um die Eintragung des ehemaligen „Schickert-Werks“ in die Liste der Kulturdenkmale zu verhindern. Den Gemeinderat Rhum-springe hat sie zumindest schon einmal auf ihrer Seite.